

Stand: 07.02.2026 22:30:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17791

"Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17791 vom 14.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19485 des SO vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20398 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Wege einer Bundesratsinitiative für die Ausweitung der Betriebsratszuständigkeit auf Fremdbeschäftigte sowie für die übergangsweise Fortgeltung der ursprünglichen Tarifverträge bei Betriebsübergängen, wenn der Betriebserwerber keiner eigenen Tarifbindung unterliegt, einzusetzen.

Begründung:

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland wird immer flexibler, ohne dass die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen mit dieser Entwicklung auch nur ansatzweise Schritt halten könnten.

Vielfach werden betriebsinterne Handlungsabläufe durch Arbeitnehmer externer Unternehmen verrichtet, um Kosten zu sparen und „Synergien zu nutzen“. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Fremdfirmen sind dabei überwiegend schlechter, als die der Stammbelegschaft. Dem kann im Sinne der betrieblichen Mitbestimmung nur sinnvoll begegnet werden, indem sich die Zuständigkeit des Betriebsrats zukünftig auch auf die Arbeitsbedingungen der Fremdbeschäftigten erstreckt und zudem Regelungen analog zur Änderung im Bereich der Leiharbeit verabschiedet werden, die lediglich den zeitlich klar begrenzten Einsatz von Fremdbeschäftigten zulassen.

Darüber hinaus stellt es sich derzeit so dar, dass dann, wenn ein Betrieb oder Betriebsteil eines tarifgebundenen Arbeitgebers durch Verkauf oder Umwandlung an einen nicht tarifgebundenen Erwerber übergeht, vielfach ein Arbeitnehmerrechtsvakuum entsteht. Dem kann nur wirksam entgegengetreten werden, wenn für die übergehenden Arbeitsverhältnisse eine mindestens einjährige Fortgeltung des ursprünglichen Tarifvertrags gesetzlich festgeschrieben wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Drs. 17/17791**

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerin-
nen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betriebli-
cher Ausgliederung**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ju-
gend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie re-
gionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sit-
zung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stim-
mergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten so-
wie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sit-
zung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem
Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD

Drs. 17/17791, 17/19485

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 II:
Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte
bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!
Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen
Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw.
Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung
und Senkung der Mindestarbeiterinnen- bzw. Mindestarbeiterzahl
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds
hin zum Transformationskurzarbeitergeld
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränlein, Harald Güller,
Günther Knoblauch u. a. SPD
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären